Brot & Rosen

3
Juli 2009

Infoblatt des Anarchosyndikats Köln/Bonn
Bereich "Gastronomie & Einzelhandel"

Widerstand gegen Coca-Cola

Der Getränkeriese kann es nicht lassen. Nachdem im Jahr 2006 die Firma Coca-Cola in Deutschland ein Drittel der 9.000 Beschäftigten entlassen wolle, war der umstrittene Multi aus Atlanta (USA) am Widerstand von über 60 Werksbelegschaften gescheitert.

Nun soll die Niederlassung in Kaiserslautern bis Ende September geschlossen werden. Doch die Chefs haben wieder einmal den Gegenwind aus der Belegschaft unterschätzt. Als Mitte Juli 2009 die Meldung über die Betriebsschließung bekannt wurde versammelten sich die Arbeiter/innen in Kaiserslautern spontan auf dem Werksgelände zu einer Protestdemonstration.

Besonders ärgerlich waren sie darüber, dass dies eine Entscheidung der tariflichen Einigungsstelle in Berlin gewesen war, der auch ihr Betriebsrat unter Vorbehalt zugestimmt hatte.

Mittlerweile hat die reformistische DGB-Gewerkschaft NGG (Nahrung-Genuss-Gaststätten) ihren Fehler eingesehen und sich den Forderungen der Arbeiter/innen für die Erhaltung des Werkes angeschlossen. Aber wird die NGG versuchen sich an die Spitze der Proteste zu stellen, um wiederum einen windelweichen Kompromiss auszuhandeln? Oder wird sie den betrieblichen Basisaktivist/innen Knüppel in die Beine schmeissen? Wahrscheinlich beides...

Anstatt einzeln vorzutreten und sich im Gespräch mit der Werksleitung Aufhebungsverträge aufschwätzen zu lassen, drohen die Arbeiter/innen in einem Offenen Brief: "Lieber französische Verhältnisse als amerikanische Zustände".
In Zeiten, da in Frankreich die Arbeitskämpfe durch Bossnapping und militante Betriebsbesetzungen ausgetragen werden, klingt das nicht nach der üblichen Sozialpartnerschaft.

Für Coca-Cola wird dieser Arbeitskampf wahrscheinlich als Vorzeigekonflikt ausgetragen. Es bleibt zu hoffen, dass der wegen Menschenrechtsverletzungen und Wassermonopolismus berüchtigte US-Getränke-Multi nicht, wie ihm in Kolumbien vorgeworfen wird, bewaffnete Paramilitärs zur Niederschlagung der Arbeitskämpfe einsetzt.

http://anarchosyndikalismus.org



In Teheran und überall:
Gegen die illegale Regierung - für die soziale Revolution!

Die herrschende Ideologie der Macht will uns mit Gewalt glauben lassen, dass die parlamentarische Demokratie der höchste Willensausdruck der Bevökerung sei. Und dass Wahlen den Mächtigen ihre Berechtigung geben.

Doch die Iraner/innen haben soeben diese Lüge entlarvt. Die Wahlen im Iran sind ein Witz, wie alle Wahlen es sind. Wahlen sind den Herrschenden solange recht, wie sie ihren Interessen dienen. Die Leute können ihre Stimme abgeben, solange sie sagen, was die Herrschenden hören wollen. Wenn das nicht mehr der Fall ist, benutzen die Mächtigen alle zur Verfügung stehenden Mittel, jede List und Lüge, um ihre dominante Position zu erhalten. Wahlen sind nur ein Alibi für Herrschaft. Im Iran wurde ein Ergebnis verkündet, das im Gegensatz zur Wirklichkeit steht. In Europa haben die Herrschenden seit 2005 so lange die Abstimmungen [über die EU-Verfassung] wiederholen lassen, bis die Ergebnisse der Referenden mit den Erwartungen der Mächtigen übereinstimmten. Und teilweise haben sie ihre Projekte direkt ohne weitere Wahlspielchen durchgezogen.

Die Bevölkerung im Iran - junge und weniger junge Leute - haben ihren Ärger über die offensichtliche Lüge der Herrschenden herausgelassen, die ihr wahres Gesicht gezeigt haben. Was in Teheran passiert, geht über die Frage nach dem Wahlergebnis hinaus. Alle wissen, dass die Wahl des einen oder anderen Politkers nichts grundsätzlich ändern wird. Alle Politiker/innen - ohne Ausnahme - sind Teil der Herrschaft, auch wenn sie für eine andere politische Ausdrucksform stehen. Aber ihre Grundregeln erkennen sie alle an: Privilegien und ein schönes Leben für sich, für den Rest der Bevölkerung nur harte Arbeit, Erwerbslosigkeit, Elend und Polizeirepression.

Die Herrschaft erhält ihre Rechtfertigung nur durch unsere untätige Gefolgschaft, während sie den Geist der Diktatur verbreitet. Nein zu sagen, sich frei zu machen von dem herrschenden psychologischen Einfluss, nicht länger Angst zu haben und gegen diese Gefolgschaft zu rebellieren, sind die ersten Schritte zu einem befreienden Aufbruch. Ein Schritt hin zur Revolution. In dieser Richtung zeigen uns jene Iraner/innen, die sich erhoben haben und die nichts mehr von der Marionette der "Opposition" erwarten, den Weg - auf die Straße.

In Europa zeigen die Ergebnisse der letzten Wahlen, dass die Herrschenden nicht mehr Berechtigung haben als im Iran: Bei einem Wahlboykott von 60% repräsentieren die politischen Parteien aller Richtungen nichts als sich selbst. Die Herrschaft hat auch hier keine Legitimität. Diese Schmarotzer/innen stehlen uns unser Leben. Nur ein Bruch mit diesem System wird es uns ermöglichen Freiheit und Selbstbestimmung zu finden.

Wir können uns nur auf uns selbst verlassen! Lasst uns auf die eigene Stärke vertrauen: Wir sind alle! Und ohne unsere Teilnahme wird das System zusammenbrechen!

Solidarität mit den iranischen Aufständischen! Freiheit für alle Gefangenen!

Beenden wir jede Diktatur der mörderischen Herrschaft ein für alle Mal:
Für die soziale, kommunistische und freiheitliche Revolution!

29. Juni 2009

CNT-IAA Paris, http://cnt-ait.info

Internationale Arbeiter/innen Assoziation, http://www.iwa-ait.org



Krisenverwaltung: Von Japan gelernt?

Jetzt da sich herausgestellt hat, dass der Gott "Freie Marktwirtschaft" nicht unfehlbar ist, guckt die politische Elite der Welt dumm aus der Wäsche. Die siegreichen Tage des freien Marktes sind vorbei.

Nun versuchen unsere geschockten Bosse zu verhindern, dass die Weltwirtschaft in eine längere Depression (1) rutscht. Da der freie Markt keine Lösungen mehr bietet, lautet nun die große Frage: Reicht ein starker Eingriff des Staates aus, um den wirtschaftlichen Niedergang zu verhindern - oder nicht?

Doch es gibt noch mehr schlechte Nachrichten für alle, die es ziemlich bedenklich finden, dass wir nach dem Versagen der Märkte nun auf Politiker/innen vertrauen sollen, damit sie den Karren wieder aus dem Dreck ziehen. Die Geschichte sagt uns, dass es nicht gut ausgeht, wenn Regierungen immer mehr Geld für die Rettung des Kapitalismus hinauswerfen.

Während der Depression der 1930er Jahre hatte die US-Regierung fast ihr ganzes Vermögen für die Wirtschaft ausgegeben. Doch mit wenig Erfolg. Trotz der riesigen Summen, die bezahlt wurden, blieb die US-Wirtschaft in der Krise festgefahren. Erst durch den Schrecken des Zweiten Weltkriegs kam die Wirtschaft wieder in Schwung.

Doch es gibt ein jüngeres Beispiel für einen missglückten staatlichen Eingriff, der eigentlich die Wirtschaft wieder ankurbeln sollte. In den 1990er Jahren hatte die japanische Wirtschaft ihre eigene Bankenkrise durchgemacht. Diese war wie die heutige durch ein schlecht aufgebautes Kreditsystem der japanischen Banken verursacht worden. Bei dem Versuch ein Abgleiten der Wirtschaft in eine Spirale der Deflation (2) zu verhindern hatte die japanische Regierung nie dagewesene Summen staatlicher Gelder für öffentliche Aufträge ausgegeben.

Ausserdem hatte sie Maßnahmen getroffen, die die Verbraucher/innen dazu brachten 10% mehr Geld auszugeben. Doch keine dieser Maßnahmen half etwas und während der 1990er Jahre war die japanische Wirtschaft nur um durchschnittlich 1% im Jahr gewachsen. Man nennt es auch das "verlorene Jahrzehnt".

Es überrascht also nicht, dass dieses Trauma (3) der japanischen Wirtschaft nun von den Großen und Mächtigen der Welt gründlich erforscht wird. Sie wollen daraus lernen wie sie aus der aktuellen Krise herauskommen. Die große Hoffnung besteht darin, dass durch ein schnelleres Eingreifen der Regierungen die Krise besser als damals in Japan bekämpft werden könne.

Das könnte vielleicht sogar funktionieren. Denn die japanische Regierung war damals der freiwirtschaftlichen Ideologie (4) des "Nichtstuns" verfallen. Daher hatte sie erst verspätet eingegriffen als die Wirtschaft schon tief im Sumpf der Deflation versunken war. Andererseits hatte die japanische Wirtschaft gegenüber jener Krise mehrere Vorteile, die die kapitalistischen [nationalen] Wirtschaften heute nicht haben.

Zum Beispiel hatte Japan keine Staatsverschuldung und viele privat angesparte Vermögen. Das machte es einfacher die Deflation durch riesige Staatsausgaben und Konsum hinauszuzögern. Der weitaus größte Unterschied liegt jedoch darin, dass zur Zeit der japanischen Krise der übrige Kapitalismus boomte (5). Das ermöglichte der

japanischen Wirtschaft sich durch Exporte (6) über Wasser zu halten.

Angesichts dieser Unterschiede ist der einzige Lichtblick, den man heute aus der japanischen Erfahrung lernen kann, die Tatsache, dass eine Regierung in der Lage war eine voll entwickelte Depression abzubremsen indem sie riesige Geld-summen dafür ausgab.

Es könnte durchaus sein, dass die unglaublichen Gelder, die jetzt ausge-geben werden, eine weitere Depression im Stil der 1930er Jahre verhindern werden. Dann hätten wir es nur mit einer verlängerten Rezession (7) zu tun.

Was auch immer geschieht, zwei Dinge können wir mit Sicherheit sagen: Die eingebildete Dummheit des [Sozial-demokraten] Gordon Brown (8) mit der er behauptet, seine Labour-Partei (9) hätte den Kapitalismus durch Aufstieg und Fall hindurch gerettet, ist heute nur noch lächerlich. Der Kapitalismus ist innerlich nicht starr und ein Aufschwung wird immer von einer Talfahrt gefolgt.

Die andere Gewissheit ist: Egal was passiert, die Klasse der Lohnabhängigen muss den Preis für das Versagen des Kapitalismus zahlen. Egal ob Depression oder Rezession - wir werden dafür bezahlen, wenn die Arbeitslosigkeit steigt und der Lebensstandard sinkt. Und tragischerweise werden es die Niedrig-löhner/innen und Zeitarbeiter/innen sein, die am meisten darunter zu leiden haben.

aus:
Direct Action, Nr. 45 / Winter 2009,
Magazin der
Solidarity Federation (SolFed - IAA),
http://direct-action.org.uk

Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA), http://www.iwa-ait.org

Übersetzung und Anmerkungen:
Anarchosyndikat Köln/Bonn,
http://anarchosyndikalismus.org



<u>Erläuterungen:</u>

1) Depression: tiefe Wirtschaftskrise nach Abschwung (Rezession)

2) Deflation: Geldaufwertung/Preisverfall, evtl. bis Wirtschaftsstillstand (Stagnation)

3) Trauma: nachwirkender Schock oder Schmerz

4) Ideologie: Weltanschauung, Überzeugung

5) Boom: Wirtschaftsaufschwung, Hochphase der Umsätze bzw. Ausgaben

6) Export: Verkauf von Gütern in andere Staaten

7) Rezession: Wirtschaftsabschwung, Rückgang der Umsätze bzw. Ausgaben

8) Gordon Brown: Premierminister von Großbritannien

9) Labour: britische sozialdemokratische Partei (z. Z. an der Regierung)

Gemeinsam gegen Staat, Kapital und Religion:

Freiheit, Gleichheit, Solidarität!



